

VATM-Standpunkt zur Europawahl

Europa wächst digital zusammen

Die EU wächst weiter zusammen, nicht zuletzt auch durch den Digital Single Market, der ein wichtiger Teil von Europas wirtschaftlicher Zukunft ist. Die Digitalisierung Europas wird daher auch in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eine entscheidende Rolle spielen. Damit die berechtigten Interessen und Positionen deutscher TK-Unternehmen gewahrt werden, klare strategische Ziele definiert und wirtschaftliche Spielräume für einen fairen Wettbewerb geschaffen werden, ist die Europawahl im Mai 2019 von großer Bedeutung.

Der VATM hat die zentralen Positionen der Branche für die künftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments in den folgenden sechs Kernbotschaften zusammengefasst:

1. Liberalisierung weiter vorantreiben – Gigabit geht schneller durch Wettbewerb

Die in den 90iger Jahren begonnene Liberalisierung muss weitergeführt werden. Ehemalige Monopole müssen weiterhin durch stärkeren Wettbewerb ersetzt werden. Dies bedeutet auch, dass die Ex ante Regulierung erhalten bleiben muss, so lange das Wettbewerbsrecht Marktverzerrung nicht effizient verhindern kann und eine Ex-post-Kontrolle nicht ausreicht.

2. Digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum verhindern – Förderung effizient einsetzen

Damit auch auf dem Land Dienste und Arbeitsstellen einer digitalisierten Wirtschaft entstehen können und Arbeitsplätze gesichert werden, muss eine zukunftsgerichtete digitale Infrastruktur entstehen. Hier müssen ehrliche Konzepte gefunden werden, die gerade im ländlichen Bereich drohende Fehlallokationen von Baukapazitäten verhindern. Eine sinnvolle Förderung – auch mit Einsatz von Vouchern – kommt den Nutzern unmittelbar zugute und stärkt die Nachfrage nach gigabitfähigen Netzen.

3. Faire Regeln für einen offenen Markt – Grundlage für Innovationsfähigkeit

Die Digitalisierung Europas geht Hand in Hand mit der Nutzung von digitalen Diensten, die den Bürgern und Unternehmen angeboten werden. Die Netze sind dabei die Enabler der Digitalisierung und der Wettbewerb der innovativsten oder sichersten Dienste auf den Netzen wird gerade für die europäische Wirtschaft zu einer zentralen Bedeutung im internationalen Wettbewerb werden. Open Access, fairer Zugang für die Marktteilnehmer zu fairen Entgelten, wird daher auch zukünftig unverzichtbar sein.

4. Zukunftsweisend für die europäische Wirtschaft agieren – nicht Größe, sondern Innovationskraft zählt

Das „Internet of Things“, „Big Data“ und „Künstliche Intelligenz“ sind längst keine Zukunftsvisionen mehr. Damit deutsche Unternehmen auch hier international mithalten können, muss die EU ein Level Playing Field gerade gegenüber solchen Unternehmen schaffen, die oftmals nicht aus Europa stammen und regulatorisch anders behandelt werden. Außerdem müssen ausreichend Mittel in Forschung, Bildung und in die Förderung einer europäischen Zukunftsstrategie investiert werden, die sich strategisch mit den bereits bestehenden Plänen – etwa Chinas – auseinandersetzt. Die „AI Alliance“ der EU-Kommission ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

5. Datensicherheit stärken – wenige aber klare Regeln

Wichtiger denn je für alle Bürger ist die Sicherheit ihrer Daten. Mit der Datenschutzgrundverordnung sind wichtige Schutzmaßnahmen in Kraft getreten. Die Unternehmen brauchen jetzt verlässliche europäische Rechtsvorgaben für die Sicherung von Daten. Der ePrivacy-Vorschlag setzt dabei allerdings die falschen Akzente und muss überarbeitet werden. Auch andere Legislativvorschläge, wie eEvidence und die ENISA-Verordnung, sind grundsätzlich wichtig. Aber auch hier gilt, dass sie nicht durch komplexe Regelungen zur Bremse für Innovation werden dürfen.

6. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Geschäftskundenanbieter gezielt unterstützen – Dienste werden die Treiber der Digitalisierung sein

Gerade kleinere Unternehmen leiden oft unter komplexen Regelwerken. Mit Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung erwartet der VATM vom neuen EU-Parlament, dass lähmende Bürokratie im Interesse der Unternehmen zeitnah abgebaut und gerade KMU stärker unterstützt werden.

Brüssel, 2. April 2019